

Schuldbekenntnis

Angestoßen durch die öffentliche Diskussion um die Entschädigung von Zwangsarbeitern, begann die Evangelische Kirche in Deutschland im Jahr 2000 mit der Aufarbeitung ihrer eigenen Verstrickung in das NS- System der Zwangsarbeit. Sie bekannte ihre Schuld und beteiligte sich mit 10 Millionen DM am Fonds der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft.

Landesbischof Huber in seiner Bußtagspredigt in der Marienkirche Berlin im Jahr 2000:

„...Am Buß- und Betttag 2000 verpflichten wir uns dazu, dem Schicksal der Zwangsarbeiter nachzugehen. Wir wollen damit nicht aufhören, bis die Überlebenden Wiedergutmachung erfahren. Wir sagen es zu uns selbst, aber wir sagen es auch in die Öffentlichkeit: Die Zeit drängt. An jedem Tag sterben ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Die Schuld daran, dass sie zur Arbeit gezwungen wurden, trugen unsere Väter und Mütter. Die Verantwortung dafür, das uns Mögliche zur Wiedergutmachung zu tun, liegt bei uns. Vor dieser Verantwortung versagen wir an jedem Tag, den die Wiedergutmachung weiter hinausgeschoben wird. Es gibt nicht nur eine erste, es gibt auch eine zweite Schuld.“

Die Berlin-Brandenburgische Landeskirche beschloss, nach den ehemaligen Zwangsarbeitern aus dem Lager zu suchen. Von der Kirchenleitung wurde eine Arbeitsgruppe mit der Erforschung des „Friedhofslagers“ beauftragt, die auch in der Ukraine und in Russland die Suche nach den ehemaligen kirchlichen Zwangsarbeitern aufnahm.